

# **Protokoll Experten -Kreis Wirtschaft der CDU Stuttgart**

Termin: 22.06.2010, 12.00 h – 13.30 h, Ratskeller Stuttgart

Teilnehmer: Werner Brodt, Rudolf Frank, Dr. Stefan Kaufmann, Franz Landen, Dirk Sturz, Prof. Dr. Helmut Wittenzellner,

Nach der Begrüßung durch Dr. Stefan Kaufmann wird als neuer Teilnehmer Thomas Munz, Vorstand der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V., begrüßt.

Ausführlich berichtet Herr Munz über das Thema Finanzplatz Stuttgart und zu den aktuell diskutierten Regulierungsthemen wie die Finanztransaktionssteuer und Verbot der Leerverkäufe.

## Zur Regulierung der Finanzmärkte im Allgemeinen:

-In den vergangenen Jahren fanden große Deregulierungswellen auf den internationalen Finanzmärkten statt. Insbesondere privatrechtliche außerbörsliche elektronische Handelsplattformen traten zunehmend in Konkurrenz zu den etablierten Börsen.

-Eigentümer der Plattformen sind oftmals große Investmentbanken; Schwerpunkt ist der Finanzplatz London.

-Die Plattformen sind wesentlich geringer reguliert als klassische Börsen, was große Risiken birgt und mitverantwortlich für große Spekulationsblasen war.

-Es macht wenig Sinn, etablierte Börsen stärker zu reglementieren, während kaum regulierte Handelsplattformen ausgenommen bleiben.

-Es bedarf zunächst einer Definition von Märkten, Grenzziehungen sind erforderlich. Innerhalb der Grenzen können dann Regeln festgelegt werden.

## Zudem werden einzelne Finanzmarktinstrumente und die Handelspraxis besprochen:

-Leerverkäufe sind prinzipiell ein notwendiges Instrument. Sie dienen der Realwirtschaft zur Absicherung von Wechselkursschwankungen, Schwankungen bei Rohstoffpreisen, etc.

-Ungedekte Leerverkäufe können gefährliche Spekulationsblasen verursachen. Als Beispiel eines solchen „short squeeze“ wird der exorbitante Kursanstieg der VW-Aktie im Oktober 2008 genannt.

-Ein generelles Verbot ungedeckter Leerverkäufe wird begrüßt.

Weitere problematische Entwicklungen (insbesondere der außerbörslichen Handelsplattformen):

-Enorme Beschleunigung der Abwicklungen gekoppelt mit der Ausnutzung kleinster Arbitrageerträge im Intradayhandel.

-Zu geringe Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung bei risikoreichen Transaktionen. Auch hier könnte die Festsetzung von Eigenkapitalanforderungen hilfreich sein, dies sei auch technisch umsetzbar.

Konsequenzen für die Politik:

-Als problematisch erweist sich, dass die Finanzindustrie nicht mit einer einheitlichen Stimme spricht, die Interessen sind zu divergierend.

-Es wird vor kleineren Eingriffen an einzelnen Stellschrauben gewarnt, da diese das ganze System ins Wanken bringen könnten.

-Besonders bedeutsam sei neben neuen Marktabgrenzungen eine sinnvolle Bewertung von Bilanzposten und mehr Transparenz.

-Außerdem müsse die Verantwortung der Betreiber von Handelsplattformen mit einer Haftung für das eigene Handeln einhergehen.

-Bei der Finanztransaktionsteuer ist entscheidend, was mit der Steuer erreicht werden soll.

Das nächste Treffen findet am Dienstag, 27. Juli 2010 um 12.00 Uhr im Ratskeller statt. Dr. Hendrik Wolff wird über die Beteiligung der Stadt Stuttgart an der LBBW referieren

28.06.2010

gez.  
Mathias Oehlschlägel  
(Protokoll)